

<u>Übersicht über die wesentlichen Anpassungen in der VV-LHO</u>		
Nr.	Fundstelle	Beschreibung der Änderung
1	VV zu § 14 LHO	Präzisierung des Verweises auf den Gruppierungsplan im Hinblick auf durchlaufende Posten.
2	VV Nr. 4.3 zu § 17 LHO	Anpassung der Voraussetzungen für die Schaffung von Leerstellen an § 50 Abs. 5 LHO (Gleichlauf); Ergänzung der Möglichkeit der Schaffung von Leerstellen für den Fall, dass Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift ruhen.
3	VV Nr. 2.1 zu § 34 LHO	Es erfolgt eine Vorverlagerung der Bewirtschaftungsbefugnis auf den Zeitpunkt der Erklärung des Finanzministeriums gegenüber den für den Einzelplan zuständigen Stellen, dass die technischen Vorarbeiten für die Bewirtschaftung abgeschlossen sind.
4	VV Nr. 2.2 zu § 34 LHO	Entfall der Mitteilungspflichten an die Kasse oder Zahlstelle bei schriftlichen Anordnungsverfahren. Ergänzung, dass bei schriftlichen Verfahren das Nähere auf Veranlassung der oder des Beauftragten für den Haushalt in einer innerdienstlichen Anordnung geregelt werden muss.
5	VV Nr. 1.2 zu § 44 LHO	Konkretisierung der Begrifflichkeiten "Planung" sowie "Arbeiten zur Freimachung des Baufeldes" im Hinblick auf den Nichtbeginn eines Vorhabens.
6	VV Nr. 1.4 zu § 44 LHO	Keine Förderung von Personen oder Organisationen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen.
7	VV Nr. 4.2.16 zu § 44 LHO	Verpflichtung zur Aufnahme eines Hinweises in den Zuwendungsbescheid, dass die Förderung aus Landesmitteln finanziert ist, die der Landtag beschlossen hat.
8	VV Nr. 13.5. zu § 44 LHO	Angleichung der Wertgrenze für die Beteiligung der baufachtechnischen Dienststelle bei Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale

		Körperschaften an die Wertgrenze in VV Nr. 6.1.1 zu § 44 LHO auf 2,5 Mio. Euro.
9	Nr. 1.6 ANBest-I, ANBest-P, Nr. 1.9. ANBest-K zu § 44 LHO	Verpflichtung der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers, sicherzustellen, dass die Fördermittel nicht für Personen oder Organisationen verwendet werden, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen.
10	Nr. 3.1, 3.2 und 3.3. ANBest-I, ANBest-K, ANBest-P zu § 44 LHO	Klarstellung der Regelung hinsichtlich der Anwendung vergaberechtlicher Vorschriften für Zuwendungsempfänger.
11	Nr. 9.4 ANBest-I, ANBest-K, Nr. 8.4. ANBest-P zu § 44 LHO	Streichung der nachträglichen Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben bzw. Änderung der Deckungsmittel als Beispiele für eine auflösende Bedingung.
12	Nr. 11 ANBest-I, ANBest-K, Nr. 10 ANBest-P zu § 44 LHO	Aufnahme einer klarstellenden Regelung, dass die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger die Prüfung der steuerlichen Folgen der Zuwendung selbst obliegt.
13	Nr. 11 ANBest-I, ANBest-K, Nr. 10 ANBest-P zu § 44 LHO	Zusätzliche Ergänzung um den klarstellenden Aspekt, dass etwaige steuerliche Folgen nicht zu einer Erhöhung der Zuwendung führen.
14	VV Nr. 3.1.1 zu § 50 LHO	Ergänzung der Möglichkeit der Schaffung von Leerstellen für den Fall, dass Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift ruhen.
15	VV Nr. 3.4 zu § 50 LHO	Regelung der Vorschriften über die Veranschlagung von Leerstellen auch für Richterinnen und Richter
16	VV Nr. 3.1, 3.2 und 3.3 zu § 55 LHO	Neuregelung der vergaberechtlichen Grundlagen für juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen. Künftig gilt die Unterschwellenvergabeordnung als verpflichtende Mindestvorgabe, soweit Landesmittel bewirtschaftet werden. Werden keine Landesmittel bewirtschaftet, sollen die Grundsätze der Unterschwellenvergabeordnung eine Orientierung bieten.

		Weitere Anpassungen zur Klarstellung
17	VV Nr. 2.2.3 zu § 58 LHO	Ergänzung eines Auffangtatbestandes für das Einwilligungserfordernis des FM beim Abschluss von Vergleichen.
18	VV Nr. 4 zu § 63 LHO	Definition des dringenden Landesinteresses als Voraussetzung für eine Ausnahme beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen.
19	VV Nr. 3.1.3 und 3.1.4 zu §§ 70 bis 79 LHO	Ergänzung von Bestimmungen zur (elektronischen) Wahrnehmung haushaltsrechtlicher Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Einführung von IT-Verfahren für die elektronische Aktenführung. Ergänzung "abzubilden und" bei Nr. 3.1.3.
20	VV Nr. 3.1.5 zu §§ 70 bis 79 LHO	Klarstellung, dass bei der schriftlichen Dokumentation der haushaltsrechtlichen Verantwortlichkeiten die SchriftBest zu beachten sind.
21	VV Nr. 4.1.3 zu §§ 70 bis 79 LHO	Ergänzung der Legaldefinition des Begriffs "Kassenzeichen" beim Mindestinhalt der Anordnungen.
22	VV Nr. 4.1.14 zu §§ 70 bis 79 LHO	Ergänzung des Mindestinhalts von Zahlungsanordnungen.
23	VV Nr. 5 zu §§ 70 bis 79 LHO	Vollständige Überarbeitung der Bestimmungen zu Allgemeinen Zahlungsanordnungen. Ergänzung verschiedener Einzeltatbestände bei Nr. 5.1. Klarstellungen bei Nr. 5.5.
24	VV Nr. 26.5 zu §§ 70 bis 79 LHO	Ergänzung von Bestimmungen zum Betriebsmittelkredit.
25	VV Nr. 37 und 38 zu §§ 70 bis 79 LHO	Ergänzung der insbesondere festzustellenden Punkte bei den unvermuteten Prüfungen von Handvorschüssen und Geldannahmestellen. Klarstellungen bei Nr. 37.1.1, 37.1.5 und 38.1.4.
26	Nr. 3 und Nr. 4 ITBest-HKR	Klarstellende Ergänzungen und Anpassungen zum Unterrichts- und Einwilligungsverfahren sowie zu den Mitteilungspflichten bei der Entwicklung und dem Betrieb von IT-Verfahren im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.
27	Nr. 7.4 ITBest-HKR	Ergänzung einer Toleranzgrenze bei Sachverhalten nach Nr. 7.2 bis 7.4 ITBest-HKR.

28	Nr. 7.8 ITBest-HKR	Spezifische Ergänzung einer Ausnahme vom Ausschluss der Beschränkung auf Stichproben.
29	Anhänge 1 und 2 zu IT-Best-HKR	Klarstellende inhaltliche und redaktionelle Ergänzungen und Anpassungen. Weitere redaktionelle und klarstellende Anpassungen.
30	Nr. 1.2 eZahlBest	Künftiger Wegfall der Bestimmung, dass Zahlungen beim Einsatz elektronischer Zahlungsverfahren als Bestandsverstärkung oder Ablieferung zu behandeln sind, wenn die Dienststelle kein eigenes Konto führt.
31	Nr. 4.5.1 eZahlBest	Anpassung einer Verwendungsbeschränkung beim Einsatz von Kreditkarten.
32	Nr. 2 AufbewBest	Ergänzung der Aufbewahrungszeit für Tages-, Monats- und Jahresabschlüsse.
33	Nr. 4 AufbewBest	Ergänzung der Aufbewahrungszeit in Rechtssachen.
34	Nr. 6 und 7 AufbewBest	Anpassung der Bestimmungen zur Übertragung von aufbewahrungspflichtigen Unterlagen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf elektronische Speichermedien vor dem Hintergrund der Einführung von IT-Verfahren für die elektronische Aktenführung.
35	VV Nr. 7.1.2 zu § 80 LHO	Wegfall der Bestimmung, dass die Kasse eine Mehrfertigung der Einwilligung in Abweichungen von der Stellenübersicht bereitzuhalten hat.

Im Übrigen wurden zahlreiche redaktionelle und teils formalrechtlich begründete Anpassungen umgesetzt (z.B. Anlagenbezeichnung oder das Ersetzen des Begriffs Dienstanweisung durch innerdienstliche Anordnung).